



„Die Tanten an die Universitäten“

Von Bettina Figl

■ Elementarpädagogik als Auftakt zu Bildungsvolksbegehren im Parlament.

Wien. Kleinkinder schlafen oder spielen den ganzen Tag lang – wozu also brauchen Kindergartenpädagoginnen eine universitäre Ausbildung? Diese Meinung sei in der Bevölkerung vorherrschend, kritisierte Bernd Schilcher. Der Bildungsexperte und Mitorganisator des Bildungsvolksbegehrens erklärte beim ersten Sonderausschuss zum Thema Frühkindpädagogik: Neben Österreich würde nur noch Malta Kindergartenpädagogen nicht auf Hochschulniveau ausbilden, ganz nach dem Motto: „Wozu brauchen die Tanten eine Universitätsausbildung?“

Das von Hannes Androsch initiierte Volksbegehren hat mit 383.000 Unterschriften (rund sechs Prozent Beteiligung) die 100.000er-Hürde für eine Behandlung im Parlament geschafft, und am Donnerstag wurde nun erstmals debattiert. Es sei „nicht alles schlecht, was unser Bildungssystem anlangt“, betonte der ehemalige Vizekanzler Hannes An-

drosch, es gäbe „zigtausende engagierte Lehrer“. Doch diese würden nichts daran ändern, dass es an der Zeit sei, „machtpolitische, regionale und interessenbezogene Hürden zu beseitigen“.

Die Experten und Bildungssprecher der Parteien waren sichtlich um Konsens bemüht; strittige Punkte wie die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen wurden ausgeklammert. Aufwühlen wollten die Grünen, indem sie vor Beginn der Veranstaltung mit Schaufeln und Helmen ausgerüstet die „Bildungsbaustelle“ am Fuße des Treppenaufgangs des Parlaments symbolisierten. Zu der am Mittwoch bekanntgegebenen „Einigung“ zwischen Bildungsministerin Claudia Schmied und Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle zur Lehrerausbildung sagte Harald Walser, Grüner Bildungssprecher: „Ich weiß nicht, worin diese besteht. Es ist nach wie vor unklar, ob Lehrer an Pädagogischen Hochschulen oder Universitäten ausgebildet werden

sollen“, und weiter: „Die Regierung ist zu feig um zu sagen, wie die Ausbildung organisiert werden soll.“

Harmonischere Töne wurden im Parlament angeschlagen: BZÖ, Grüne und die Experten forderten unisono einheitliche Bundeskompetenz bei der Frühpädagogik sowie ein neues Dienst- und Besoldungsrecht. „Der Föderalismus passt hier nicht“, betonte Schilcher. Derzeit gibt es je nach Ländern und Gemeinden unterschiedliche Regelungen bei Personal, Betreuung und Dienstrecht.

Dass die Umsetzung von Konzepten oft schwierig ist, sagte auch die Unterrichtsministerin Claudia Schmied, schließlich seien immer 15a-Verträge mit den Ländern nötig, und sie kenne keine einzige dieser Einigungen, die nicht an zusätzliche Finanzmittel gekoppelt sei.

Doch auch nach der dreistündigen Sitzung ist dazu noch nicht das letzte Wort gefallen: Am 16. April sowie am 7. Mai wird weiter debattiert. Nach einer nicht medienöffentlichen Schlussrunde sollen dann konkrete Antworten auf die 12 im Bildungsvolksbegehren geäußerten Forderungen vorliegen. ■